

Doppelt sammeln – Meilen
für Sie und Punkte für Ihre
Firma.



Lufthansa

Argentinisches Tageblatt

Sonnabend, 20. Mai 2006

117. Jahrgang Nr. 31.563

Partner Plus Benefit:
unser Bonusprogramm
für kleine und
mittelständische
Unternehmen.

www.partnerplusbenefit.com.ar



Lufthansa

UBA in der Krise

Universität ohne Rektor / Studenten gegen die Wahl Alterinis

Buenos Aires (AT/AG) - Die Universität von Buenos Aires (UBA) steckt seit eineinhalb Monaten in der Krise. Die links orientierten Studentenorganisationen des Studentenrats FUBA haben sich bisher erfolgreich gegen die Wahl des Jura-Professors Atilio Alterini zum Universitätsrektor durchsetzen können. Am Montag verhinderten die Studenten bereits zum fünften Mal hintereinander das Fortschreiten des Wahl-Prozesses. Sie störten die erste Sitzung des neugewählten Universitätsrats, auf der über die Einberufung einer neuen Versammlung für die Rektor-Wahl entschieden werden sollte. Nach dem Ablauf der Amtszeit von Ex-Rektor Jaim Etcheverry am Montag vergangener Woche und Ex-Prorektor Berardo Dujovne die-

se Woche übt das Amt des Rektors vorläufig der älteste Dekan, Alfredo Buzzi, aus.

Der Dekan der medizinischen Fakultät Buzzi unterstützte bis Montag die umstrittene Kandidatur Alterinis, dem bisher auch die Stimmenmehrheit des Universitätsrats sicher war. Nach dem Amtsantritt als Interimsrektor erklärte Buzzi jedoch, die Neutralität wahren zu wollen. Einem Treffen mit Dekanen aller Fakultäten am Dienstag folgte am Mittwoch getrennte Treffen mit anderen Vertretergruppen des neuen Universitätsrats. Sowohl vor den Professoren, als auch vor den Studentenvertretern wiederholte Buzzi seine Bitte, über die Inhalte der nächsten Sitzung des Universitätsrates im Vorfeld einig zu werden. In der

kommenden Woche soll die Arbeit in getrennten Kommissionen beginnen, die neue Sitzung ist für den letzten Mai-Mittwoch oder für den ersten Juni-Mittwoch geplant. Die Anhänger von Alterini forderten jedoch am Donnerstag, die Sitzung des Universitätsrats solle am kommenden Mittwoch stattfinden. Sie befürchten, dass mit der Hinauszögerung die Chancen von Alterini, zum Rektor gewählt zu werden, schwinden.

Buzzi will sich dagegen für den Dialog zwischen verschiedenen Parteien einsetzen, was er bereits am Montag in einer Pressekonferenz zum Ausdruck gebracht hatte. Dabei geht es auch um die am Montag von Studenten vorgetragene Forderung, die Leiter der Gewerkschaft des nichtakademischen

Universitätspersonals zu entlassen. Die Gewerkschaftsmitglieder hatten am 2. Mai die Studenten verprügelt, die die Rektor-Wahl verhindern wollten. Weiterhin erklärte Buzzi am Montag, er werde unter keinen Umständen die Polizei um die Überwachung der künftigen Sitzungen bitten.

Die Entlassungsforderung ist auch der Auslöser für die Unterbrechung der Sitzung des Universitätsrats am Montag gewesen. Nachdem der Rat auf die Forderung der Studenten nicht reagierte, die zu der öffentlichen Sitzung im Rektorat gekommen waren, begannen sie mit Liedern und Rufen die Sitzung zu stören. Nach vergeblichen Versuchen Dujovnes, mit der Arbeit fortzufahren, wurde die Sitzung schließlich unterbrochen.

Auf Klagen reagieren

Stadtregierung verspricht bessere Straßenbeleuchtung und Fußwege

Buenos Aires (AT/AG) - Die Regierung von Jorge Telerman will offenes Ohr für die Klagen der Einwohner von Buenos Aires haben. Das von dem neuen Regierungschef der Stadt nach seinem Amtsantritt aus der Taufe gehobene Ministerium für den öffentlichen Raum setzt sich zum Ziel, für die Ordnung auf den Straßen von Buenos Aires zu sorgen. Nach einem neuen Plan sollen im Laufe von vier Jahren die Fußwege der Stadt repariert, neue Verkehrsampeln aufgestellt und die Straßenbeleuchtung verbessert werden. Die Gesamtkosten der Arbeiten werden mit 435 Millionen Pesos veranschlagt.

Nach den Klagen über den am Straßenrand abgestellten Hausmüll, der schlecht oder nicht pünktlich eingesammelt wird, gehört die mangelhafte Straßenbe-

leuchtung zu den häufigsten Beschwerden der Stadtbevölkerung. Weitere Klagen, die bei den Stadtteilämtern eingereicht werden, betreffen die auswuchernden Baumkronen und die Wurzeln, die die Fußwegplatten aushebeln, sowie die Schlaglöcher und den schlechten Zustand der Fußwege. Die Wichtigkeit des Straßenzustands und der Beleuchtung wurde bereits von Ex-Regierungschef der Stadt, Aníbal Ibarra, erkannt. Sein Nachfolger will die bereits angefangene Arbeit mit frischer Kraft fortsetzen und ihr neue Impulse geben. Nach der Auswertung der Beschwerden und der Daten von der Polizei wurde ein Stadtplan entworfen, auf dem die verkehrstechnisch kritischen Kreuzungen markiert und die Straßen und Parks eingezeichnet sind, die der Pflege bedürfen.

Die Stadtregierung setzt sich

ebenfalls zum Ziel, das Bewusstsein unter der Stadtbevölkerung dafür zu wecken, dass der öffentliche Raum allen gehört und von allen gepflegt werden muss. Zeitgleich mit dem Beginn der Arbeiten startet die Stadt eine Kampagne, die die Bevölkerung auffordert, keine Abfälle in die Abwasserkanäle zu werfen, die Grünanlagen zu pflegen und die Vandalismussfälle zu melden.

Als erstes würden in 90 Tagen 7000 neue Straßenlaternen angebracht, kündigte die Ministerin für öffentlichen Raum, Lía María, an. Bevorzugt würden dabei entlegene Stadtteile wie Núñez, La Boca, Constitución, Floresta und Lugano. Der Stadtteil Núñez war in der letzten Zeit wegen wiederholter Vergewaltigungen in die Schlagzeilen geraten. Vorhandene Laternen sollen von den Ästen befreit und bei

Bedarf geputzt werden.

Die Ausbesserung der Fußwege beginnt im Juli. Geplant ist, innerhalb von vier Jahren 2,5 Millionen Quadratmeter Fläche zu reparieren, was umgerechnet rund zehn Prozent aller Fußwege der Stadt ausmacht. Dieses Jahr sollen 300.000 Quadratmeter neu verlegt werden. Die am meisten betroffenen Stadtteile sind Lugano, Soldati, Mataderos, Devoto, Villa del Parque, Urquiza und Saavedra.

Darüber hinaus werden im Juli rund 50 neue Verkehrsampeln angebracht. Die Ausbesserung von Straßen steht ebenfalls auf dem Plan. Bis 2010 soll eine Strecke von umgerechnet 900 Häuserblocks neu asphaltiert und über 600.000 Quadratmeter Schlaglöcher ausgebessert werden. Weiterhin werden die unterirdischen Flüsse Vega, Maldonado und White gesäubert.

Illegale Adoption

In armen Provinzen wird Handel mit Neugeborenen betrieben

Buenos Aires (AT/AG) - Tausende von Frauen in den nördlichen Provinzen fürchten um ihre neugeborenen Kinder. Andere bemühen sich, die Wahrheit über ihr angeblich tot geborenes Kind zu erfahren. Ihre Befürchtungen haben einen Grund. Zahlreich sind die Fälle, in denen den Frauen das Kind sofort nach der Geburt ohne ihre Zustimmung weggenommen und zur Adoption freigegeben worden ist. Nach Angaben der Stiftung „Adoptar“ wurden in der Provinz Santiago del Estero in den letzten zehn Jahren über 10.000 Neugeborene widerrechtlich adoptiert. Am 6. Februar dieses Jahres wurde ein Verfahren wegen illegalen Handels mit Neugeborenen im Krankenhaus von Añatuya wiedereröffnet.

Betroffen sind von dem Kinderhandel vor allem die Provinzen Santiago del Estero, Corrientes und Misiones, in denen über die Hälfte der Bevölkerung unter der Armutsgrenze lebt. Wie in Añatuya soll es auch in der Hauptstadt von Misiones, Posadas, und in der Stadt Oberá organisierte Netze aus Hebammen, Ärzten, Nonnen, Beamten und Juristen geben, die die bittere Armut ausnutzen, um den Frauen die Kinder wegzunehmen oder sie mit toten Kindern auszutauschen. Unter dem Vorwand, den Kindern bessere Lebensverhältnisse zu verschaffen, werden die Formalitäten für die Adoption erledigt. Die Vermittler kassieren dafür von den Adoptiveltern Summen von 5000 Pesos bis 20.000 Euro, wenn das

Kind nach Europa verkauft wird.

In Argentinien gilt bereits ein einheitliches Adoptionsregister, in dem beispielsweise für die Provinz Misiones 2000 Ehepaare in der Warteschlange eingetragen sind. Da die Formalitäten sehr umständlich sind und lange dauern, greifen nicht wenige Paare zu illegalen Mitteln. Sie wenden sich an bestimmte juristische Kanzleien, die für ihre Vermittlungsarbeit bekannt sind, oder suchen selber Kontakt zu einer armen Familie.

Für eine manchmal lächerliche Summe Geld oder ein Haus geben viele Frauen in der Not ihre Kinder frei. Das Dorf La Merced in der Provinz Córdoba hat sogar den Ruf „Ein Kind für ein Haus“. In anderen Fällen werden schwangere Frauen kontaktiert, denen monatlich 300 Pesos gezahlt werden, um sicherzustellen, dass das Kind gesund geboren wird. Zahlreiche Geburten werden in den Krankenhäusern nicht registriert und die neuen Eltern holen das Kind direkt dort ab. Es soll auch spezielle Hotels geben, in denen nach der geheim gehaltenen Geburt dem Kind ein Geburtsschein mit einem anderen Namen ausgestellt wird. Trotz vieler Klagen gibt es bis jetzt nur einzelne Verfahren, die erfolgreich zu Ende geführt worden sind.

WOCHENÜBERSICHT

Sanierung von Dock Sud

Es müssen dringende staatliche Maßnahmen ergriffen werden, um das Industriegelände auf dem südlich von Buenos Aires liegenden Dock Sud zu sanieren, forderte der Ombudsmann Eduardo Mondino in der Abgeordnetenversammlung am Montag. Die von ihm vorgelegte Studie besagt, dass die Verschmutzung des Riachuelo-Beckens durch die Petrochemie schwere gesundheitliche Risiken für die Bevölkerung nach sich zieht. Bei den Kindern aus dem betroffenen Gebiet sind während der Blutuntersuchungen hohe Bleiwerte gefunden worden. Vermutet wird außerdem die Verbreitung von Hautkrankheiten. Mondino forderte ein staatliches Programm, nach dem neue Technologien der Erdölverarbeitung eingeführt und die völlig veralteten Einrichtungen geschlossen und ausgetauscht werden. Erst dann könne man mit der Sanierung des Riachuelo-Beckens beginnen, erklärte der Ombudsmann.

Kirchner mit Alfonsín

Nach scharfen gegenseitigen Kritikäußerungen in den vergangenen Wochen trafen sich unerwarteterweise am Dienstag Präsident Néstor Kirchner und Ex-Präsident Raúl Alfonsín. Während des Treffens ging es ausschließlich um die Ausschreibung der Bauarbeiten für eine Eisenbahnstrecke in Chascomús, Provinz Buenos Aires, die bereits von Alfonsín genommen worden war. Kirchner will sich nun für den Weiterbau der strategisch wichtigen Strecke einsetzen, die

eine schnellere Verbindung zwischen Buenos Aires und der Stadt Mar del Plata ermöglichen würde. Die Einladung von Alfonsín zu der Ausschreibung wird als Versuch von Kirchner gewertet, die Radikale Bürgerunion (UCR) zur Frontschließung mit der Justizialistischen Partei (PJ) zu bewegen.

Auslieferungsverfahren

Das Bundesgericht entschied am Mittwoch, das Verfahren wegen der Auslieferung von Ex-Diktator Jorge Videla und Emilio Massera an Deutschland wieder zu eröffnen. Die Staatsanwaltschaft von Nürnberg hatte 2003 einen Auslieferungsantrag wegen Ermordung der Entwicklungshelferin Elisabeth Käsemann im Jahr 1977 gestellt. Der Bundesrichter Sergio Torres hatte den Antrag im Oktober vergangenen Jahres zurückgewiesen mit der Begründung, Argentinien werde selber nach der Außerkraftsetzung der Gesetze des Schlusspunktes und des Befehlsnotstands die Menschenrechtsverbrechen der Diktatur bestrafen. Nach der Berufung von Deutschland erklärte das Bundesgericht die Entscheidung von Torres für nichtig.

Beerdigungsgeld angehoben

Das von der Sozialversicherung ANSeS und der Krankenversicherung PAMI gezahlte Beerdigungsgeld wird rückwirkend ab 1. Mai nun von 450 auf 1000 Pesos angehoben. Nach dem am Montag von Präsident Néstor Kirchner unterzeichneten Dekret haben ab jetzt

alle Rentempfänger Anspruch auf das Geld. Das Geld wird nur noch an die Angehörigen der Verstorbenen ausgezahlt. Das Abtreten der Rechte an ein Beerdigungsinstitut wird nicht mehr möglich sein. Nach offiziellen Statistiken sterben monatlich etwa 11.000 Rentner in Argentinien. Schätzungsweise wird ANSeS etwa 130 Millionen Pesos pro Jahr für das Beerdigungsgeld ausgeben.

Sojaanbau im Naturschutzpark

Im Naturschutzpark Copo in der Provinz Santiago del Estero wurden zwischen 400 und 3000 Hektar Fläche mit illegalem Soja- und Sonnenblumenanbau entdeckt. Die Betreiber sind den Vermutungen des Staatsanwalts Raúl Abate zufolge Unternehmer aus der Provinz Santa Fe. Der 116.000 Hektar umfassende Park in der schwer zugänglichen Region an der Grenze zur Provinz Chaco wurde 2002 zum Naturschutzgebiet erklärt. In ihm gibt es seit alters Siedlungen eingessener Bevölkerung, die jedoch das ökolo-

gische Gleichgewicht des Parks nicht angreift. Neuerdings wurden jedoch illegale Besetzungen im Park entdeckt, wo die Eindringlinge Viehzucht und Landwirtschaft betreiben.

Recht auf Gesundheit

Nach einer Entscheidung des Obersten Gerichtshofes muss die staatliche Rentenversicherung PAMI die Versorgung einer diabetischen Frau mit Arzneimitteln sicherstellen. Der Gerichtshof berief sich dabei auf das Recht auf Leben und physische Integrität. Die kranke Frau hatte von der PAMI, deren Mitglied sie ist, die vollständige Kostendeckung für Insulin, Psychopharmaka sowie Spritzen und Windeln verlangt. In der ersten und zweiten Instanz hatte sie den Prozess gewonnen, allerdings wurde ihr nur die teilweise Kostendeckung zugesprochen. Der Oberste Gerichtshof entschied nun am Mittwoch, PAMI sei eine staatliche Einrichtung, die das Recht der Bürger auf Gesundheit ohne Einschränkungen garantieren muss.



CD Rom / Touch-Screen
Web / Video Digital
3D / Animaciones
(5411)4703-5509
www.multimedia.com.ar

Der Wiener Gipfel

Zum vierten Mal trafen sich 58 Regierungs- und Staatschefs Europas, Lateinamerikas und der Karibik, dieses Mal in der Vorwoche in Wien. Österreichs Kanzler Wolfgang Schüssel ist derzeit turnusmässiger Vorsitzender der Europäischen Union. Für den fünften Gipfel im Jahr 2008 wurde Peru ausserkoren.

Zur Diskussion standen die vielfältigen Beziehungen zwischen den Integrationsgebilden der Europäischen Union, der 25 Staaten angehörenden und weitere auf der Warteliste stehen, des Mercosur mit assoziierten Staaten, der Andengemeinschaft und der zentralamerikanischen sowie die karibische Integration. Die EU unterhält längst Verhandlungen mit Mercosur, die freilich auf der Stelle treten, solange die EU-Agrarpolitik ihren Schutz nicht abbaut. In Wien wurden Verhandlungen mit der Andengemeinschaft und den Gebilden in Zentralamerika und der Karibik angepeilt. Die Andengemeinschaft leidet unter dem Zerwürfnis, das der Machthaber in Venezuela, Hugo Chávez, mit der Ankündigung seines Austritts bewirkt hat, dem auch Bolivien folgen könnte. Anlass hierfür war unlängst der Abschluss von Freihandelsabkommen von Peru und Kolumbien mit USA. Die Aussenhandelspolitik Washingtons, bilaterale Freihandelsabkommen mit allerlei diskriminierenden Zollprivilegien an Stelle multilateraler Zollsensungen für alle Lieferanten zu vereinbaren, bewegt die Europäische Union, ähnlich zu handeln.

Ein 23seitiges Dokument schloss die Tagung in Wien ab. Dabei wurden schöne Floskeln formuliert wie über eine angebliche strategische biregionale Partnerschaft, worunter man sich alles oder gar nichts vorstellen mag, oder die Rechte der Frauen, als ob Lateinamerika und die Karibik wie Afrika und die islamischen Nationen wären, wo die Frauenrechte geschändet werden, ferner der Kinder und der Eingeborenen, des weiteren die Ablehnung des Rassismus, des Fremdenhasses, der Intoleranz und der Diskriminierungen, allesamt politische Selbstverständlichkeiten. Ein kritischer Paragraph gegen illegale Saaten verärgerte den bolivianischen Präsidenten Evo Morales, für den der Coca-Anbau niemanden schädigt, wohl aber das daraus gewonnene Kokain.

Der argentinisch-uruguayische Konflikt färbte auf den Wiener Gipfel ab. Präsident Kirchner monierte in seiner Rede die angebliche Umweltpolitik der Industriestaaten, umweltschädliche Industrien in den Entwicklungsländern anzusiedeln, die in ihren Ländern nicht mehr zugelassen seien. Als generelle politische Absicht, die den Industrieländern unterstellt wird, ist die Formulierung Kirchners sicherlich abwegig. Gemeint waren freilich die beiden Zellstofffabriken in Fray Bentos, Gegenstand des Streits mit Uruguay.

Der Fall wurde zudem hochgespielt durch den überraschenden Auf-

Randglossen

Volksrummel muss sein. Die Regierung mobilisiert Anhänger für eine Feier auf dem Mai-Platz am 25. Mai. Sie soll gleichzeitig zur Erinnerung an die Loslösung vom spanischen Königsreich am 25. Mai 1810 und an die dreijährige Amtszeit Präsident Kirchners dienen. Der eigentliche Zweck dieser Mobilisierung vieler tausend Anhänger der Regierung ist indessen die Wiederwahl Kirchners im Oktober 2007. Über seine Kandidatur spricht der Präsident noch nicht, sie wird aber genauestens vorbereitet, damit er sich gelegentlich formell entscheidet. Die Stimme des Volkes soll sich auf dem Mai-Platz erheben, damit die Wiederwahl, die die Verfassung zulässt, politisch glimpflich über die Bühne läuft.

Politiker sind stets gefordert, über Kandidaturen für ausstehende Wahlämter zu debattieren. Obwohl derzeit keine Wahlen in Argentinien bevorstehen, gehen Journalisten laufend auf dieses Spiel ein und nominieren mögliche Kandidaten für die nächstjährigen allgemeinen Wahlen. Dass siebzehn Monate bis zum Wahltag ausstehen, kümmert Politiker und Medien überhaupt nicht, solange über Kandidaturen allerlei Spekulationen anvisiert werden, wie sie laufend praktiziert werden. Kaum dass ein Name für ein Wahlamt erwähnt wird, muss der betreffende Kandidat Stellung nehmen oder andere Politiker werden darüber ausgefragt. Ob dann ein Kandidat auch echt von einer Partei nominiert wird, muss freilich lange abgewartet werden. Unterdessen ist für politischen Gesprächsstoff gesorgt. Was zu beweisen war.

tritt der letzten Schönheitskönigin im Karneval von Gualeguaychú. Die 25jährige Evangelina Carrozo war durch die weltweiten Aktivistinnen Greenpeace finanziert worden, reiste nach Wien als angebliche Journalistin, konnte als solche akkreditiert werden und enthüllte sich im Bikini vor den 58 Regierungschefs, die für das traditionelle Gruppenbild in Pose standen. Ein Plakat, das sie hoch hielt, bekundete die Ablehnung der Zellstoffpollution. Das Bild der hübschen Frau mit wohlgeformten halbnackten Körper wurde weltweit ausgestrahlt, während die überraschten Regierungschefs zuschauten. Einige lächelten über den Einfall. Uruguays Präsident Tabaré Vázquez entzog sich der unangenehmen Lage, indem er positiv reagierte: mit dem Auftritt werde besser für Publizität gesorgt als mit Strassen- und Brückensperren. Kirchner gratulierte und Hugo Chávez applaudierte.

Spass beiseite, dominierte der Populismus und die Demagogie die politische Diskussionen auf dem Gipfel. Der mexikanische Präsident Vicente Fox kritisierte populistische und demagogische Politiker in Lateinamerika im Vorfeld der Präsidentenwahl in seinem Land, wo sein Kandidat Felipe Calderón derzeit besser in den Umfragen vor dem bisherigen Wahlführer López Obrador steht, den Chávez offen unterstützt. Mexikaner lehnen jegliche ausländische Einmischung in die Wahlen ab. In Peru liegt der Chávez-Freund ollanta Humala in den Umfragen für die bevorstehende Stichwahl hinter dem Expräsidenten Alan García, nachdem der populistische Eingeborenenkandidat, der Gewalt predigt, im ersten Wahlgang gesiegt hatte. In Nicaragua, wo Chávez den Expräsidenten Daniel Ortega, vormals Guerrillaführer der Sandinisten, unterstützt, liegen die Aussichten auch nicht besser für diesen linksextremen Demagogen, der Gewalt predigt. Europäische Regierungschefs, darunter Tony Blair und Wolfgang Schüssel, kritisierten den Populismus und die Demagogie in Lateinamerika ebenso wie Fox.

Die südamerikanische Energiekrise nach Nationalisierungen der Erdölfirmen in Venezuela und Bolivien beunruhigt nicht nur die internen politischen Szenen, sondern auch europäische Regierungen, die sich um das Wohl ihrer Konzerne in Südamerika kümmern. Der Fall ist besonders empfindlich für Brasilien im Vorfeld der Wiederwahl Präsident Lula da Silvas, nachdem Petrobras mit staatlicher Mehrheit um die Investition von anderthalb Milliarden Dollar in Bolivien bangt, eine brasilianische Stahlfirma ausgewiesen wurde und Agrarland in brasilianischem Besitz konfisziert werden soll. Lula wird von der Opposition bedrängt und bemüht sich um Auswege, die bisher in der Schwebelage liegen.

Polti Maccarones Nachfolger

Buenos Aires (AT/AG) - Nach über neun Monaten nach dem Rücktritt des Bischofs von Santiago del Estero, Juan Carlos Maccarone, ernannte der Papst Benedikt XVI. am Mittwoch Francisco Polti zum neuen Bischof der Provinz. In der unerwarteten Entscheidung wird eine Strategie des Vatikans gesehen, die entscheidenden Posten der Kirchenhierarchie in Argentinien mit konservativen Würdenträgern zu besetzen. Der 67-jährige Polti, der seit 1994 Bischof von Santo Tomé in der Provinz Corrientes ist, gilt als vatikantreu und ist der zweite Opus Dei-Bischof in Argentinien.

Polti, der sich über seine Ernennung überrascht zeigte, erklärte, er werde die neue Stelle wegen Verpflichtungen in Santo Tomé erst in zwei Monaten antreten. Gleichzeitig freute er sich, in seine Heimatprovinz zurückkehren zu können, die er „nach vorne zu bringen“ beabsichtige. Polti studierte Rechts- und Politikwissenschaften in Rosario und wurde zum Rechtsanwalt in der Opus Dei-Universität in Navarra. In der Thomas von Aquin-Universität in Rom promovierte er über das kanonische Recht. Die Priesterweihe erhielt Polti in Madrid und studierte hinterher Theologie und Philosophie in den Opus Dei-Priesterseminaren in Rom und Pamplona. Danach arbeitete er bis zu seiner Ernennung zum Bischof in der Opus-Dei-Prälatur in Argentinien.

Für Santiago del Estero bedeutet die Ernennung Poltis einen Kurswechsel. Sein Vorgänger Maccarone galt als fortschrittlich und stand der Regierung von Präsident Néstor Kirchner nahe. Am 25. Mai vergangenen Jahres verlegte Kirchner die offizielle Tedeum-Feier, die traditionellerweise in der Kathedrale von Buenos Aires zelebriert wird, nach Santiago del Estero. Nach einem Sex-Skandal im August vergangenen Jahres, bei dem als Drahtzieher die einflussreiche Familie des Ex-Gouverneurs der Provinz Juárez vermutet wird, musste Maccarone zurücktreten.

AUSFLÜGE UND REISEN

Mehr als nur Pilgerziel: die Basilika von Luján

Auch hier gilt: so nah, und doch kaum bekannt. Gemeint ist Luján, über den Acceso Oeste in einer knappen Autostunde zu erreichen.

Aber nicht die Stadt an sich mit ihren gepflegten Plätzen und Museen ist gemeint, sondern die Basilika. Schon ihr Anblick ist respekt einflößend: Mit ihren beiden 106 Meter hohen Türmen (Kreuzfixe inbegriffen) war dieses Gotteshaus das höchste Gebäude Argentiniens, bis es vor nunmehr genau 70 Jahren vom Edificio

Kavanagh mit 110 Metern Gesamthöhe in diesem Sinne verdrängt wurde.

Doch geblieben ist die Majestätik der Kirche, was auch in ihrem Inneren mit dem 97 Meter langen Hauptschiff deutlich zum Ausdruck kommt. Geplant und ausgeführt vom italienischen Architekten Luigi Gamba, wurde sie von 1887 bis Mitte der 1930er Jahre gebaut.

Besuchern ist kaum geläufig, was es mit der Inneneinrichtung auf sich hat.

Das Mittelschiff ist Argentinien gewidmet, das rechte Längsschiff der Stadt La Plata, das linke der Stadt Buenos Aires. Das rechte Querschiff ist Paraguay gewidmet, das linke der Nachbarrepublik Uruguay. Denn die Virgen de Luján ist die Patronin nicht nur Argentiniens, sondern vieler südamerikanischer Länder. Sie ist zudem die Schutzpatronin des argentinischen Heeres und steht gleichzeitig im Rang eines Armeegenerals. Und darüber hinaus ist die Jungfrau von Luján die Schirmherrin Argentiniens.

Entlang des Mittelschiffs reihen sich an jeder Seite sieben Spitzbögen, einer für jede argentinische Provinz (von denen es damals 14 gab, der Rest setzte sich



Die Basilika von Luján.

aus Nationalterritorien zusammen).

Ferner gibt es mehrere Seitenkapellen, eine ist San Antonio de Padua zugeeignet, eine zweite der anderen südamerikanischen Patronin Santa Rosa de Lima, usw.

Allein der barocke Hauptaltar, ganz mit Blattgold belegt und großartig ausgeführt, verdient nähere Betrachtung. Er wurde der Kirche von der wohlhabenden argentinischen Familie Armstrong geschenkt. Zahlreiche Kunstwerke und Skulpturen dekorieren Kapellen, Seitengänge, Emporen und

Nischen.

Das Glockenspiel umfasst 15 in Mailand (Italien) gegossene Bronzeglocken von 55 bis 3400 Kilo Gewicht.

Rund um die Basilika herrscht an Wochenenden ein buntes Treiben, das seine Höhepunkte an den beiden großen Feiertagen erreicht: am 8. Mai das Fest der Pura y Limpia Concepción de la Virgen de Luján, auch Virgen Gaucha genannt, und am ersten Dezember-Sonntag der große Pilgermarsch von Liniers nach Luján.

Neben der Kirche erhebt sich der historische Cabildo, und daran schließt sich der Complejo Museológico Enrique Udaondo an, über den demnächst an dieser Stelle berichtet werden soll.

Marlú

Abfahrten von Ushuaia, Argentinien
von November bis März
 11 - 12 - 15 - 20 - 30 Tage-Fahrten
 info@antarcticacruises.com.ar
 www.antarcticacruises.com.ar
 Tel.: +54.11.4806.6326
 Fax: +54.11.4804.9474
 Evyt Leg. 4552 disposición 597/97

Kunstmesse arteBA eröffnet

Buenos Aires (AT/SF) - Bis einschließlich Mittwoch, den 24. Mai, dreht sich im Kunstleben von Buenos Aires alles um arteBA. Die 15. Messe für zeitgenössische Kunst wurde am Donnerstagabend um 19 Uhr in der Rural von Vizepräsident Daniel Scioli, First Lady und Senatorin Cristina Fernández de Kirchner, dem Präsidenten der Stiftung arteBA Mauro Herlitzka und anderen Autoritäten eingeweiht. Nach dem Durchschneiden des lila Bandes schritten die VIPs, umgeben von einem Pulk Kameraleute wie von einem Bienenschwarm, durch die zwei Pavillons der Messe, die sich langsam mit Besuchern füllten. Um 20 Uhr waren schon so viele Menschen da, dass kaum mehr ein Durchkommen war.

Die Messe hinterlässt beim ersten Durchgang einen überaus seriösen Eindruck. Keine verkleideten Leonardo Da Vincis, bemalte Autos oder andere Publicity-Gags, die letztes Jahr noch peinlich wirkten. Die Sponsoren halten sich vornehm im Hintergrund und machen durch die Qualität der von ihnen unterstützten Aktionen, Räume etc. auf sich aufmerksam. Das Niveau der angebotenen Kunstwerke ist überdurchschnittlich hoch und dabei dennoch zeitgenössisch gewagt. Ein erfolgversprechendes Rezept: Schon in der ersten Stunde des Eröffnungsabends tauchten zahlreiche rote Punkte neben den Werken auf, die den Verkauf anzeigen.

Ein paar Tipps: Dino Bruzzone bei Dabbah Torrejón (Stand F 6), José Luis Anzizar und Pablo Peisino bei Elsi del Rio (K 9), Sylvia Gurfein bei Zavaleta Lab (F 2), Antonio Seguí bei Rubbers (F 8), Silvana D'Alessandro bei Virgilio (A 9), Omar Panosetti bei Loreto Arenas (D



12), Leonel Luna bei 713 (K 5), Jorge Miño und Martín Bonadeo bei TRIP (BJ 5), Patricio Larrambebera bei Insight Arte (F 3).

(Kunstmesse arteBA, La Rural, Roter und Gelber Pavillon, Av. Sarmiento 2704. Geöffnet täglich 13-22 Uhr. Eintritt 12 Pesos, für Rentner und Studenten 6 Pesos. Bis 24.5. Infos: www.arteba.org)

Argentiniens WM-Kader

Buenos Aires (dpa) – Böse Überraschung für Martin Demichelis: Der Profi vom FC Bayern München gehört nicht zum Aufgebot Argentiniens für die WM. Der 25-Jährige zählte nicht zu den 23 Spielern, die Trainer José Pekerman am Montag in Buenos Aires bekannt gab. Ebenfalls nicht mit nach Deutschland wird Routinier Javier Zanetti von Inter Mailand reisen. Angeführt wird das hochkarätige Aufgebot von Spielmacher Juan Riquelme (FC Villarreal), Angreifer Hernan Crespo (FC Chelsea) sowie dem noch leicht angeschlagenen Jungstar Lionel Messi (FC Barcelona). Bereits vor der offiziellen Bekanntgabe des Kaders, der in der schweren Gruppe C gegen Afrika-Vizemeister Elfenbeinküste, Serbien & Montenegro sowie die Niederlande antreten muss, hatte die Presse von Demichelis' Ausmusterung berichtet. "Es ist nicht nur, dass ich keine Lust mehr zum Spielen habe. Ich habe keine Lust mehr am Leben", sagte der völlig deprimierte Mittelfeldspieler im argentinischen Fernsehen. "Es ist ein Kader, der mir viel Selbstvertrauen gibt. Ich spüre, dass die Spieler Lust haben." Nur Demichelis hat sie im Moment eben nicht mehr.

"Ein Aufgebot gegen die Gespenster" titelte die Zeitung "La Nación" und spielte damit auf das klägliche Ausscheiden vor vier Jahren an, als die "Albiceleste" die Gruppenphase nicht überstand. Vom argentinischen Kader sind lediglich Roberto Abbondanzieri, Rodrigo Palacio (Boca Juniors) und Oscar Ustari (Independiente) in Argentinien beschäftigt.

Flyer
Lufthansa
City Center
 (Zona Norte)
 Leg. 213 Res.0447
 Av. Fondo de la Legua 425
 (B1609JEE) San Isidro
 Tel.: (54 11) 4512-8100
 E-mail: info@flyer.com.ar
 www.flyer-de.de

ARGENTINISCHE WIRTSCHAFT

Der frei benannte Dollarkurs betrug Freitag nachmittags \$ 3,07. Die Rofexterminkurse betragen zum 31.5. \$ 3,058, 30.6. \$ 3,068, 31.7. \$ 3,077, 31.8. \$ 3,086, 2.10. \$ 3,096 und 31.10. \$ 3,109.

Der Mervalindex fiel in der Berichtswoche zum Donnerstag um 11% auf 1.654,02, der Burcapindex um 13,9% auf 5.542,02 und der Börsenindex um 11,3% auf 78.064,02.

Der durchschnittliche Rindfleischpreis (kg Lebendgewicht in Liniers) fiel in der Berichtswoche um 2,4% auf \$ 2,209.

Die Gold-, Devisen- und Anlagenreserven der ZB betragen am 15.5.06 US\$ 23,85 Mrd., der Banknotenlauf \$ 47,57 Mrd. Eine Woche zuvor waren es US\$ 23,33 Mrd. bzw. \$ 48,27 Mrd., einen Monat zuvor US\$ 21,62 Mrd. bzw. \$ 47,88 Mrd. und ein Jahr zuvor US\$ 21,66 Mrd. bzw. \$ 37,32 Mrd.

Der Deckungskoeffizient der Devisenreserven in Pesos zum Tageskurs, bezogen auf die monetäre Basis, betrug am 16.5.06 118,3%.

Die MwSt-Nachlässe für Endverbraucher bei Zahlungen mit Kunststoffkarten hat 05 um 30% auf \$ 760 Mio. zugenommen. 60% davon stammen aus Zahlungen mit Kreditkarten (tarjetas de crédito), knapp 40% aus Scheckkarten (tarjetas de débito). Ein kleiner Teil, rd. \$ 9 Mio., aus Zahlungen mit den im Plan für arbeitslose Familienoberhäupter vergebenen Karten. Dennoch wird bei diesen die grösste Zunahmequote erwartet. Sie erhalten 15 Punkte der 21% MwSt, gegen 5 Punkte (4,13% des Quittungswertes) der Scheckkarten und 3 Punkte (2,48%) der Kreditkarten.

Binnenhandelssekretär Moreno hat 25% als Obergrenze festgelegt, die auf die Selbstkosten von Bekleidung aufgeschlagen werden dürfen, die im Rahmen des Preisabkommens mit der Regierung auf den Markt kommen. Die Mitteilung erging bis jetzt an die Textilunternehmen TN Platex, Alpagatas, Guilford, Foderami und die Supermarktkette Carrefour. Der übliche Aufschlag soll über 30% betragen. Jedes Unternehmen würde nur 5-6 Produkte mit dem Preisnachlass anbieten, was kaum 10%-15% seiner Produktion betragen würde.

Der Hüttenverband gab bekannt, dass im April die Roheisenproduktion um 4,4% und die Rohstahlproduktion um 3,7% grösser als im selben Vorjahresmonat waren. Der Vergleich der ersten Jahresdrittel ergibt für Roheisen +7,9% und für Rohstahl +4,8%. Bei Anhalten der Tendenz würden 06 die bisherigen Rekordzahlen von 05 übertroffen werden. Die 403.200 t Roheisen vom April waren um 3% weniger als im März, die Rohstahlproduktion von 479.700 t um 5% weniger als im Vormonat. Die 432.300 t Warmwalzprodukte waren um 7,1% weniger als im Vormonat und praktisch gleich denen des Vorjahresapril.

Der Schlachthof Swift hat 700 der im Werk in Villa Gobernador Gálvez wegen der Ausfuhrsperre suspendierten Fleischerarbeiter wieder aufgenommen. Wie die Gewerkschaft mitteilte, sei das ein Ergebnis der Freigabe der Ausfuhr von Hiltonschnitt. Die Gesamtsubvention für die suspendierten Arbeiter beträgt \$ 4,94 Mio.

Bei der Neuaushandlung der Verträge mit Gas Natural Ban ist die Regierung zwischen ihren eingegangenen Verpflichtungen und ihrem Kampf gegen die Teuerung in einer Zwickmühle. Das Dekret 385/06 vom 10.4. bestätigte 2 Preiserhöhungen von 27%, zuerst für Industrie und Handel und später für Haushalte, wobei die Verbraucherpreiserhöhung nicht grösser als 15% sein durfte. Doch das Verhandlungsbeauftragte Amt Enargas erhielt knapp nach der Veröffentlichung des Dekretes die Anordnung, alles bis auf neue Anweisungen zu verschieben. Obwohl die Preiserhöhung für Haushalte bereits unterschrieben ist, verlautete amtlich, dass sie auf 07 verschoben wurde, was angesichts des Wahljahres nicht bedeutet, dass sie dann durchgeführt wird. Jetzt soll an einem Plan gearbeitet werden, um alle Erhöhungen auf nach Jahresende zu verschieben.

Die Vereinigung von Unternehmen, die sich verpflichtete, US\$ 45 Mio. in den seit Juli 05 stillgelegten „Tren de las nubes“, die höchste Eisenbahnstrecke der Welt, in der Provinz Salta, zu investieren, hat den vorläufigen Zuschlag dafür erhalten. Sie wurde von den Firmen Tranex, Lesamis und Esopa gebildet. Ihr Plan enthält mehrere Optionen für Reisen, zusätzliche Tätigkeiten und Gebühren, darunter die Erweiterung von Stationen in Ausgangspunkte für Ausflüge.

Die Kredite für die Privatwirtschaft nehmen stetig zu. Im April waren sie um 4,1% mehr als im März, im letzten Jahr um 38,5%. Dem ZB-Monatsbericht zufolge beträgt das Kreditvolumen nur 9,7% des BIP, um 2,7% mehr als das Minimum von vor 2 Jahren. Es führen Verbraucher Kredite und

Überziehungen von Bankkonten. längerfristige Kredite nehmen langsamer zu.

Im April wurden 15 Finanztreuhandschaften mit Privatrisko für insgesamt \$ 435 Mio. öffentlich ausgeschrieben. Verbrauchs-Securitysierungen waren 85% des Gesamtbetrages, mit 12 Treuhandgesellschaften und \$ 331 Mio. Nennwert. Die Ermittlung wurde von Gainvest Asset Management durchgeführt, die erwähnt, dass Firmen die elektrische Haushaltsgeräte verkaufen, wieder an erster Stelle bei Verbraucherkrediten standen, an 2. Stelle Kreditkarten von Finanzanstalten.

Das Amt für Öffentliche Einnahmen fordert zusätzliche Steuerzahlungen in Höhe von \$ 2 Mrd. wegen Unregelmässigkeiten in den Steuererklärungen grosser Steuerzahler, darunter Erdölgesellschaften, Banken, privatisierte Dienstleister und Schlachthöfe. Die grösste Beanstandung gilt 24 ersten Erdölunternehmen, denen eine Zahlung von \$ 598 Mio. verhängt wurde. Es folgen Strassen-Privatkonzessionäre und \$ 700 Mio. von nicht einzeln genannten Firmen.

Die Preise argentinischer Ausfuhrprodukte befinden sich auf dem höchsten Stand in 10 Jahren. Im 1. Quartal 06 waren von den US\$ 1,31 Mrd., die mehr als im gleichen Vorjahresquartal exportiert wurden, US\$ 435 Mio. auf grössere Mengen und US\$ 877 Mio. auf höhere Preise zurückzuführen. Die grösste Preiszunahme wurde bei Kraftstoffen (38,5%) verzeichnet, vor Metallen (32,2%), Rindfleisch (25,4%) und Getreide (18,2%). Pflanzenöle, Fisch und Leder wurden billiger. Der Austauschverhältnisindex, der das Verhältnis zwischen Ein- und Ausfuhrpreisen widerspiegelt, legte im 1. Quartal um 7,6% zu, wie das Statistikamt Indec ermittelt hat. Die internationalen Preise argentinischer Ausfuhrerzeugnisse nahmen seit dem 1. Quartal 02 stetig, um bisher 31,5%, zu. Dem Indec zufolge hat Argentinien, durch die Änderung der Ein- und Ausfuhrpreise 2003/5, gegenüber 1993, einen Warenaustauschüberschuss von rd. US\$ 5 Mrd. erzielt.

Die spanische YPF und die argentinische, staatliche Enarsa beginnen, mit anderen Firmen, auf argentinischem Meeresgrund, im Colorado Marina Becken, 300 km von der Küste, Erdöl zu suchen. Dafür wird, mit einer Anfangsinvestition von US\$ 30 Mio., ein Schiff mit Spitzentechnik eingesetzt, um dreidimensionale seismografische Bilder zu erhalten. Für die erste Tiefseebohrung in der Geschichte Argentiniens sind weitere US\$ 30 Mio. erforderlich. Sollte sie erfolgreich sein, müssten zur Erdöl- oder Gasgewinnung zusätzliche US\$ 2 Mrd. investiert werden.

Nach anderthalbjährlichen Auseinandersetzungen hat Aerolíneas

Argentinas mit del Pilotengewerkschaft Apla und der Techniker-gewerkschaft Apta im Arbeitsministerium ein Abkommen unterzeichnet. Das Unternehmen verpflichtet sich zu Gehaltserhöhungen, die Gewerkschaften zu einem sozialen Frieden bis März 07. Die Piloten forderten 45% Erhöhung, die Techniker 75%. Das Abkommen legt 19% Erhöhung der Grundgehälter fest und die Fortsetzung der nicht beitragspflichtigen Zusatzzahlungen von \$ 600 bis 1.000 für Piloten und \$ 400 und \$ 450 für technisches Personal, die bereits ab Dezember 05 bezahlt werden. Damit liegen die Erhöhungen bei 23%. Ausserdem wurde eine Gehaltszulage nach Dienstjahren festgelegt. Sie beträgt 1% bis 2% im Jahr. Die 19%ige Erhöhung gilt auch für die anderen 5 Gewerkschaften der Branche. Die Gewerkschaften wollen im Januar 07 eine neue Verhandlungsrunde einleiten, um die nicht beitragspflichtigen Zahlungen in die Grundgehälter einzugliedern.

Das argentinische Molkereiuunternehmen Mastellone Hermanos erwägt die Erhöhung der eigenen Stromerzeugung in seinen Fabriken. Es teilte der Securities and Exchange Commission in New York mit, dass es in den nächsten Jahren mögliche Stromknappheiten befürchte. Die Eigenstromerzeugung soll die Erweiterung der mechanischen Milchübernahme und die grössere Trockenmilcherzeugung sichern, in die 06/8 US\$ 20 Mio. investiert werden.

Das Wirtschaftsministerium hat Boden 2012 Bonds für US\$ 200 Mio. zu 7,59% Jahreszinssatz ausgegeben, die bei der Regierung Venezuelas direkt untergebracht wurden. Venezuela wurde in den letzten Monaten der grösste Privatgläubiger Argentinens, der 06 bereits US\$ 1 Mrd. in Bonds übernommen hat. Insgesamt hält die Regierung Chávez US\$ 2,7 Mrd.

Die mexikanische Schuhsohlenfabrik Wyny hat die GRD Gerberei für US\$ 3,3 Mio. gekauft. GRD (Grünbaum, Rico y Dacourt) gehörte dem Garovaglio y Zorraquín Holding an, wurde vom Investmentfonds Coinvest übernommen und meldete am 31.5.05 einen Vergleichsantrag vor Gericht. Das Werk auf 40.000 qm in der Vorstadt Avellaneda wird seit November 05 von Wyny betrieben, der sich vor dem Konkursgericht verpflichtete, die 170 Arbeitsplätze zu erhalten. Einige Amtswege für die Übernahme stehen noch aus.

Eine grosse argentinische Handelsmission fährt unter Aussenminister Taiana vom 4. bis zum 7.7. nach Indien. Die Geschäftsoffensive

PERSONALNACHRICHTEN

Todesfälle

Bruno R.H. Heuer, 71, am 12.5.
Edith Glücksmann geb. Conitzer, 102, am 14.5.
Hans Hermann Hueck, am 16.5.

Eröffnung am Tag der Deutschen Einheit:

www.allesdeutsch.com.ar

...für alle, die es deutsch mögen.

in New Delhi und Bombay wird vom Aussenamt und der Provinzregierung von Buenos Aires mit Spesenzuschüssen subventioniert.

Im 1. Quartal wurden Kfz-Zuliefererteile für US\$ 499 Mio. ausgeführt, um 9,3% mehr als vor einem Jahr. Die entsprechenden Einfuhren kletterten im selben Vergleich um 30,7% auf US\$ 1,19 Mrd. Damit stieg der Negativsaldo der Branche um 52,2% auf US\$ 691 Mio., wie IES (Investigaciones Económicas Sectoriales) bekanntgab.

An ausländische Besucher wurde im April im Vorjahresvergleich um 71% mehr verkauft, wie Global Refound, die Firma die die MwSt-Rückerstattungen für Touristen handhabt, mitteilte. Die Zunahme der Verkäufe wird auf die Eingliederung neuer Geschäfte in das Rückerstattungssystem, und die Käufe chilenischer Besucher während der Osterwoche, zurückgeführt. Die Käufe der Besucher aus den Anrainerstaaten sind schwerpunktmässig Bekleidung.

Eine Investmentgruppe aus den lokalen Farrallón und G&D will in 6 Monaten am Dock 1 des Puerto Madero Ost ein US\$ 80 Mio. Vorhaben errichten. Das Grundstück zwischen den Fortsetzungen der Estados Unidos und Brasilstrassen war Gegenstand eines Rechtsstreites, der jede Bautätigkeit durch über 10 Jahre unmöglich machte. Das „+54-11 Juana Manso Boulevard“ benannte Vorhaben wird 100.000 qm Büros und Geschäfte, 2 Aparthotels und ein Hotel haben, die rund um einen grossen Park angeordnet sind. Auch enthält es 1.100 Parkplätze in 2 unterirdischen Stockwerken.

Syrische Unternehmer investieren in Andresito, Provinz Misiones, US\$ 2 Mio. in eine Mate-Verarbeitungsanlage. Die Gesamtproduktion soll nach Syrien, dem grössten Abnehmer argentinischen Matekrautes, und Ägypten ausgeführt werden.

Energiesekretär Cameron erklärte den wichtigsten, im Lande tätigen Erdölunternehmen, dass sie ihrer Konzessionen von Randgebieten, in denen nicht investiert wird, verlustig werden. Die Regierung wünscht, dass in den nächsten Monaten Investitionsvorhaben in jenen Gebieten, in denen geringe Aussichten bestehen, fündig zu werden, vorgelegt werden. Repsol YPF würde das im Juni, anlässlich des Besuches Präsident Kirchners beim spanischen Rodri-guez Zapatero tun. Wer keine Investitionen in Randgebieten nachweist, wird die Konzession verlieren, die an andere Erdölgesellschaften vergeben wird. Die Rechtsgrundlage dafür wäre das Erdölgesetz, das Unternehmen verpflichtet, in den konzessionierten Gebieten zu investieren.

Bei ART Arbeitslosenversicherungen sind bereits 6,32 Mio. Ar-

beitnehmer eingetragen. Das sei ein Rekord, seit das System 1996 geschaffen wurde. In einem Jahr hat die Zahl der Versicherten um 12%, beim Baugewerbe um 36%, zugenommen. Dennoch, wegen der grossen Zahl der Schwarzarbeiter und des im System nicht eingeschlossenen Hauspersonals, der selbstständigen Erwerbstätigen und der Akademiker, ist nur 33,8% der Erwerbsbevölkerung arbeitsunfallversichert. Im System sind 596.306 Arbeiter eingetragen.

Die Ledesma Zuckerfabrik in Jujuy hat die Zuckerrohrernte 06 begonnen. 06 werde, nach 379.352 t 05, ein Produktionsrekord von 390.000 t angepöilt.

Der Senat hat eine neue Fristverlängerung für die Aufhebung der Zwangsversteigerungen von überfälligen Hypothekenkrediten von Privatgläubigern für einjährige Familienwohnungen für bis zu US\$ 100.000 zugestimmt und die Vorlage an das Abgeordnetenhaus weitergeleitet. Die Fristverlängerung beträgt 180 Arbeitstage, d.h. knapp 8 Monate. Die vorhergehende Fristverlängerung läuft am 3.6.06 ab. 03 wurde das Gesetz 25.798 verabschiedet, das diese Zwangsversteigerungen aufschob. Die Schuldner mussten sich in einem Treuhandfonds der Banco Nación eintragen und dort den Betrag ihrer Rate einzahlen. Es musste zu \$ 1,40 plus Teuerungsindexierung (CVS) pesifiziert werden. Der Fonds zahlte nur jenen Gläubigern, die von der Möglichkeit einer Zwangsversteigerung Abstand nahmen. Da das System für Bankkredite obligatorisch, für Privatkredite jedoch optativ war, klagten Gläubiger auf Dollar zum Marktwert. Ausserdem wurde der Paragraph 19 beanstandet, der Privatabkommen über grössere Zahlungen ausschliesst, was mehrere Richter als verfassungswidrig betrachteten. Nach einem Bericht des Fonds an die Wirtschaftsführung, zahlen 32% der Eingetragenen ihre Raten. 13% zahlen teilweise und der Rest überhaupt nicht. Die Gesamtschuld betrage \$ 269,4 Mio.

Am 17.5. billigte das Abgeordnetenhaus einstimmig eine Gesetzesvorlage, die den Staat verpflichtet die Beträge alle Urteile zugunsten höherer Rentenforderungen innerhalb von 120 Tagen zu bezahlen.

Die Regierung hat eine weitere vorübergehende Neuaushandlung eines Konzessionsvertrages abgeschlossen. Sie ist mit Puentes del Litoral SA, die die Paranabrücke zwischen Rosario und Victoria betreibt. Die Mauten werden nicht erhöht, doch das Unternehmen kann eine Schuld an den Staat umstrukturieren und den Konkursantrag einer niederländischen Firma aufheben, die wegen einer pesifizierten Schuld von US\$ 33 Mio. klagt. Die 25jährige Konzession wurde 1997 einem Konsortium von Impreglio, Hochtief und den argentinischen Techint, Roggio und Sideco zu-

Gesunkener Überschuss der Staatsfinanzen

Die öffentliche Hand hat im April einen Überschuss von \$ 1,09 Mrd. erwirtschaftet, um 42% weniger als im gleichen Vorjahresmonat. Damit beträgt der Überschuss des ersten Jahresdrittels \$ 3,32 Mrd., um 24% weniger als vor einem Jahr. Die laufenden Ausgaben haben schneller als die Einnahmen zugenommen, die auch durch Verschiebungen von Steuerfälligkeiten geschmälert wurden. Darüber hinaus schlugen die Kapitalausgaben, durch die Durchführung öffentlicher Bauvorhaben, einen neuen Rekord.

Der Primärüberschuss (vor Zinszahlungen für öffentliche Verschuldungen) betrug im April \$ 1,53 Mrd. und im 1. Jahresdrittel \$ 6,44 Mrd. Die Einnahmen nahmen im April um 10,5% auf \$ 11,15 Mrd. zu, die Ausgaben um 12% auf \$ 8,51 Mrd.

Die Ausgaben, die im 1. Jahresdrittel 06 am meisten zugenommen haben, sind Zinsen für Schulden der öffentlichen Hand, Überweisungen an Provinzen, Entlohnungen des Staates und andere laufende Ausgaben. Investitionen beanspruchten im April \$ 1,55 Mrd., den bisher grössten Monatsbetrag, und im 1. Jahresdrittel \$ 5,13 Mrd., beinahe doppelt soviel wie vor einem Jahr.

geschlagen. Im September 1998 begann der Bau der 59,4 km langen Mautbrücke mit Staatssubvention, die den Flossbetrieb zwischen Victoria und Puerto San Martín ersetzte. Die Fristen und Kosten des Vorhabens wurden durch die Krise 02 nicht eingehalten. Dem Unternehmen gingen die Mittel aus und sogar die Interamerikanische Entwicklungsbank (BIG) verweigerte den Kredit. Der Staat gab ein Darlehen von \$ 42 Mio. mit Zinssätzen von bis zu 30%, um den Bau bis Mai 03 für \$ 377,6 Mio. fertigzustellen. Diese Zinsen sollen jetzt umstrukturiert werden. Vom Staatsdarlehen sind noch \$ 25 Mio. zu bezahlen. Ausserdem wurde die Schuld von US\$ 33 Mio. an die niederländische Boskalis, die die Baggerarbeiten für die Brücke durchführte, pesifiziert, weshalb Boskalis, nach dreijährigen Verhandlungen, einen Konkursantrag gestellt hat.

Nach privaten Ermittlungen hatten die Supermärkte im April im Vorjahresvergleich um 7,4% mehr Absatz, gegen allgemein 5,9%. Zum ersten Mal seit Mitte 05 konnten die Supermärkte Kunden vom restlichen Einzelhandel wiedergewinnen. In ihren besten Zeiten hatten die Supermärkte 48% Marktanteil, der 04 auf unter 40% zurückging. Derzeit beträgt ihr Marktanteil 39,8%.

Die einflussreichsten Unternehmerverbände Argentiniens haben sich geschlossen gegen die Änderungen der Arbeitsgesetzgebung des Abgeordneten H. Recalde ausgesprochen, der in den letzten Jahren abgeschaffte Begünstigungen der Arbeitnehmer wieder einführen will. Die Unternehmer erklären, dass die Vorlagen der Parlamentskommission zur Änderung des Arbeitsvertragsgesetzes die Wirtschaft im Allgemeinen und die Tätigkeit der kleinen, mittelständischen und grossen Unternehmen ernsthaft beeinträchtigen. Darunter das Verbot die Beschäftigung oder den Arbeitsplatz eines Arbeitnehmers zu ändern, die Abschaffung der Obergrenzen von Entschädigungen und die

Nichtanerkennung von als grundlos eingestuft Entlassungen. Unter den Verbänden befinden sich die Unión Industrial Argentina, Sociedad Rural, Asociación de Bancos Privados de Capital Argentino, die Handelskammer, der Verband der Supermärkte, die Handelsbörse, die Asociación Empresaria Argentina, Coordinadora Alimenticia und Federación de Transportistas.

Durch Dekret 621/6 (Amtsblatt vom 18.5.06) wurde das Projekt eines privaten Konsortiums zum Bau einer Umföhrungsautobahn, die Gross Buenos Aires vom Norden zum Süden durchqueren soll, als von öffentlichem Interesse erklärt. Die 177 km lange Mautautobahn soll von San Fernando, im Norden, bis nahe Punta Lara, im Süden, führen. Die Kosten würden sich auf \$ 853,6 Mio. belaufen, die Durchführung 30 Monate beanspruchen. Das Konsortium unter der Federführung des argentinischen Bauunternehmens Perales Aguiar, mit kanadischem und argentinischem Kapital, soll bei der Ausschreibung in 60 Tagen gewisse Vorteile geniessen.

Das Statistikamt Indec gab bekannt, dass die Industrieproduktion im April im Vorjahresvergleich um 7,7%, im Vormonatsvergleich um 0,3%, zugenommen hat. Im ersten Jahresdrittel betrage die Zunahme 7,1%. Im April legten Kfz gegenüber dem Vorjahr 20,8% zu, Zement 23,2% und Chemikalien 10,5%. Gegenüber dem Vormonat verzeichneten die meisten Branchen Rückgänge. Wegen der Osterwoche gab es weniger Arbeitstage. Als Ausnahme legten nichtmetallische Minerale, die Zement, Glas und anderes Baumaterial einschliessen, gegenüber dem Vormonat 5,2% zu. Die Erdölraffinerie nahm im Vorjahresvergleich um 12,7% zu, im Vormonatsvergleich um 2,9% ab.

Die Regierungsoffensive gegen die Erdölunternehmen, die weniger als erwartet investiert haben, hat

eine neue Kampffront aufgerissen. Provinzgouverneure wollen nicht, dass der Staat die stornierten Konzessionen übernimmt da, laut der Verfassung von 1994, dieses Recht ihnen zusteht. Sprecher dieser Gouverneure ist J. Sobisch. Obwohl es sich um Randgebiete handelt, könnte es als Präzedenzfall bedeutungsvoll sein. Das Energiesekretariat hat noch keinen Beschluss gefasst.

Der schwedisch-finnische Papier- und Zellstoffkonzern Stora Enso soll mit dem Gouverneur der Provinz Corrientes Gespräche über die Errichtung einer bedeutenden Zellstofffabrik führen. In Frage für die Investition kämen auch die Provinz Misiones oder Rio Grande do Sul oder Bahía, in Brasilien, doch habe Corrientes Vorrang.

Das Zollamt hat Container mit 710 t Hiltonschnitten für die Ausfuhr frei gegeben. Es ist die erste Verschiffung seit dem Ausfuhrverbot von Anfang April, ein Teil der durch 45 Tage wegen zusätzlichen Überprüfungen der Verschiffungspapiere zurückgehaltenen Lieferung. Die freigegebene Ware für US\$ 7 Mio. ist für Holland, Deutschland und Grossbritannien bestimmt. Jetzt wird auf die Bewilligungen der restlichen 4.000 t Hiltonschnitte gewartet, die bis zum 30.6. ausgeliefert sein müssen. Die gesamte Hiltonquote für Argentinien betrug 28.000 t im Jahr.

Der Verkauf von Geflügel am Binnenmarkt schlug im März den bisherigen Rekord von hochgerechnet 28 kg pro Kopf und Jahr. Auch die Ausfuhren brachten Rekordwerte. Im 1. Quartal 06 wurde in Argentinien mit 26 kg pro Kopf und Jahr, um knapp 20% mehr Geflügel gegessen als vor einem Jahr.

Das Weinunternehmen Chandón baut in Mendoza eine weitere Kellerei für Rotweine für US\$ 2 Mio. Damit wird die Kapazität der Firma um 20% gesteigert. US\$ 1 Mio. soll 06, der Rest 07 investiert werden.

Im 1. Quartal 06 erreichten die Tabakausfuhren 16.944 t für US\$ 34,7 Mio. Wie das Senasa Amt mitteilte, waren das mengenmässig um 9% und wertmässig um 125 Mehr als vor einem Jahr.

Der Cencosud Konzern von Horst Paulmann, der hier u.a. die Supermarktketten Jumbo, Disco und Easy und das Unicer Shopping betreibt, plant seine in Chile bedeutende Paris-Kette (Bekleidung) auch nach Argentinien zu bringen.

Die Kammer der Fleischindustrie (Cicra) gab bekannt, dass die Rinderschlachtungen im 1. Quartal 06 gegenüber 05 um 5,4% und gegenüber 04 um 7% zurück gegangen sind. Die Produktion von Fleisch mit Knochen war mit 723.000 t nur um 0,7% geringer als im Vorjahresquar-

tal. Das zeige den Erfolg der angeordneten Mindestgewichte für Schlachtungen. Das Rindergericht am Fleischhaken, wie es in der Fachsprache genannt wird, war mit 228 kg um 11 kg grösser als im 1. Quartal 05. Der Anteil der Kühe am Schlachtvieh war mit 39,4% der geringste der letzten 17 Jahre.

Das Statistikamt Indec gab die Arbeitslosigkeit im 1. Quartal 06 mit 11,4% der Erwerbsbevölkerung an. Bei Ausklammerung der Unterstützungsempfänger des Planes für arbeitslose Familienoberhäupter, waren es 14,1%, um 1,3% mehr als im vorhergehenden Quartal. Im 1. Quartal 05 waren es 13%. Dennoch scheint das Regierungsziel von 10% zu Jahresende in die Ferne zu rücken. Die Beschäftigtenquote betrug 46% der gesamten Stadtbevölkerung, um 0,1% mehr als im 4. Quartal 05, der Beschäftigtenstand war mit 40,7% um 0,6% geringer. Die Unterbeschäftigung betrug 11%, davon 7,8% Mehrarbeitssuchende und 3,2% Nichtarbeitsuchende. Die Zahlen des Statistikamtes werden in 28 städtischen Ballungszentren des Landes ermittelt. Werden sie auf eine landesweite Erwerbsbevölkerung von 15,5 Mio. hochgerechnet, ergeben sich 3,47 Mio. Menschen mit Beschäftigungsproblemen, von denen 1,77 Mio. nur teilbeschäftigt sind.

Die Regierung riet den grossen Getreideunternehmen, die Weizenausfuhren einzuschränken, um der Erhöhung der Inlandspreise für Brot und andere getreideabhängige Lebensmittel entgegenzuwirken. Wirtschaftsministerin Miceli forderte eine Selbstregelung der Branche, da das Gleichgewicht von Angebot und Nachfrage prekär sei. Die Getreideausfuhren 06 dürften 7 Mio. t, um 30% weniger als 05, nicht übersteigen. Der Binnenmarkt habe Vorrang. Man solle sie nicht zwingen, Massnahmen zu treffen, da sie gegen eine zusätzliche Auseinandersetzung mit der Landwirtschaft sei. Die Wirtschaftsführung erwägt, das Ausfuhrregister, in dem die Getreidehändler ihre erwarteten Geschäfte eintragen, durch 30 Tage zu sperren, da dort in wenigen Tagen Geschäfte über 1,5 Mio. t eingetragen wurden.

Die Regierung wartet auf einen politisch günstigen Augenblick, um die mit dem Flughafenkonzessionär Aeropuertos Argentinos 2000 abgesprochene Konzessionsvertragsänderung durch ein Dekret rechtskräftig zu machen. Der Staat würde dabei Minderheitsaktionär der Konzession werden. Es wird eine Gebührenanpassung an den Geschäftsgang und einen flexiblen Investitionsplan geben. Die Beteiligung des Staates, die bis 40% betragen könnte, diene dem Inkasso der grossen Schulden des Konzessionärs an den Staat, die auf \$ 800 Mio. geschätzt werden.

Das Gutachten 74/05 des beratenden Amtes DAT des Amtes für

Lavagna dixit

Der ehemalige Wirtschaftsminister Roberto Lavagna sprach letzte Woche anlässlich eines Seminars der Austral-Universität, und zeigte sich dabei mässig kritisch gegenüber der Wirtschaftspolitik, wie sie jetzt gestaltet wird. Er sagte u.a.

Die relativen Preise müssen sich anpassen, so dass man bei einer zweistelligen Inflation nicht verzweifeln soll.

Man muss den antizyklischen Fonds in Gang setzen
Man muss die öffentlichen Ausgaben kontrollieren, besonders die Gehaltszunahmen, die sich voll auf das Budget 2007 auswirken.

Die Verringerung des Haushaltsüberschusses wird in den Provinzen stärker sein, wobei sie wegen der Gehaltserhöhungen wieder defizitär werden können.

Die Lohnerhöhungen müssen an Produktivitätszunahmen gebunden werden.

Die Aufnahme von Venezuela und der Abgang von Uruguay würden den Mercosur weniger demokratisch und weltoffen gestalten.

Man muss die Institutionen wieder aufbauen, und klare und transparente Regeln schaffen

Mann muss die unternehmerischen Lobbies bremsen und wirtschaftspolitische Massnahmen vermeiden, die die Freunde des Staates begünstigen.

Die Schwankungen der Zentralbank auf dem Gebiet der Mindestreserven und des Wechselkurses sind nicht gratis.

Die Abwertung und die internationalen Preise waren nicht die massgeblichen Faktoren des Wachstums 2003-2005.

Lavagna schloss nicht aus, bei den nächsten Präsidentschaftswahlen als Kandidat mitzumachen, sagte jedoch, dies hänge von den Umständen ab, die sich bis dahin ergeben.

Öffentliche Einnahmen (AFIP) hat den Standpunkt der Steuerbehörde über die Errechnung der Steuer auf den angenommenen Mindestgewinn geändert. Die Steuerpflichtigen werden weniger beitragen müssen. Haben sie in einem Geschäftsjahr keinen Gewinn, müssen sie 1% ihrer Aktiven als mutmasslichen Mindestgewinn beitragen. Diese Zahlungen sind Gutschriften für den Steuerzahler und belasten das Steueramt. In darauffolgenden Geschäftsjahren, in denen Gewinne erwirtschaftet werden, sind sie zu verrechnen. Die Gutschrift wurde bis jetzt als Gewinn betrachtet, der die Aktiven der nächsten Bilanz erhöhte, falls es noch keinen zu verrechnenden Gewinn gab. Jetzt wird diese Gutschrift nicht mehr aufgerechnet.

Impsa (Industrias Metalúrgicas Pesarmona SA), Mendoza, wird in den kommenden Monaten über US\$ 33 Mio. in die Erweiterung ihrer Kranfabrikation in Lumut, Westmalaysia, investieren. 07 soll die jährliche Produktionskapazität 36 STS (Ship to ship) Kräne und 72 RTG (Rubber Tyred Gantry) Kräne betragen.

Die Weizenaussaat 06/07 wird um rd. 800.000 ha grösser als im Vorjahr sein, obwohl bei einigen Böden noch auf grössere Feuchtigkeit gewartet werden muss. Nach amtlichen Angaben wird auf 5,9 Mio. ha Weizen gesät.

Die wichtigsten Verkaufsketten elektrischer Haushaltsgeräte haben sich verpflichtet, ihre Preise bis zum 31.12.06 unverändert zu lassen. Das

mit der Regierung unterzeichnete Abkommen schliesst Kühlschränke, Fernsehempfänger und andere Geräte ein.

Binnenhandelssekretär Moreno erklärte anlässlich eines Abkommens zur Preisinfrierung elektrischer Haushaltsgeräte, er wünsche, dass sich kein Preis ändern wird, nicht nur jene eines Warenkorbes. Damit wurde die Furcht in mehreren Branchen vor der Anwendung des Versorgungsgesetzes nach gerufen.

Die brasilianische Petrobrás hat ihre Erdgasförderung in Argentinien um 1 Mio. cbm/Tag erhöht. 07 sei eine ähnliche Erhöhung vorgesehen. Es sei das Ergebnis eines Investitionsplanes von US\$ 400 Mio., der das Gesamtangebot des Landes um 1,5% erhöhen wird. Für weitere Erschliessungen werden jedoch Sicherheiten über das Preisgefüge gefordert.

Nach Regierungsangaben seien für 06 in städtische und landesweite Eisenbahnen Investitionen von über \$ 3 Mrd. vorgesehen. Real investiert sollen unmittelbar \$ 900 Mio. werden, die aus Haushaltsmitteln, Krediten der Interamerikanischen Entwicklungsbank (IDB) und dem Andenpakt-Förderungs fonds vorgesehen sind.

Die Justizgeneralinspektion hat eine grosse Anzahl von AGs von der ständigen Überwachung durch sie ausgeklammert. Der Kapitalbetrag, um in die entsprechende Kategorie zu gehören, wurde von \$ 2,1 Mio. auf \$ 10 Mio. erhöht.

Die meisten grossen Nahrungsmittel-, Getränke-, und Molkereunternehmen suchen im Binnenhandelssekretariat laufend um eine nichtamtliche Bewilligung zu Preiserhöhungen an. Die meisten Ansuchen bewegen sich zwischen 3% und 8% Zunahme, einige um bis zu 10%.

Die Regierungen des Staates und der Stadt Buenos Aires haben von der Weltbank einen Kredit von US\$ 130 Mio. erhalten. Er wird für den Überschwemmungsschutz in Buenos Aires Stadt eingesetzt werden.

WIRTSCHAFTSÜBERSICHT

Hochkonjunktur dauert an

Das statistische Institut (INDEC) hat soeben den EMAE-Index („Estimador mensual de la actividad económica“) für März bekanntgegeben, der eine grobe Schätzung des BIP auf Grund kurzfristig verfügbarer Daten darstellt, und dabei erfahrungsgemäss nicht stark von den endgültigen BIP-Zahlen abweicht. März zeichnet eine interanuelle Zunahme von 7,7%, und das 1. Quartal eine von 8,6%. Der EMAE-Index wurde jetzt für das ganze Quartal nach unten korrigiert. Dennoch geht der Aufschwung weiter, der im 2. Quartal 2002 einsetzte, aber mit leicht niedrigeren Zunahmeraten, was logisch ist, da die Phase der Erholung Ende 2005 aufgehört hat, und jetzt die des echten Wachstums beginnt. Der EMAE-Index liegt jetzt um 9,8% über dem bisherigen Rekord, der im 2. Quartal 1998 erreicht wurde. Auch liegt das Niveau pro Einwohner jetzt etwas höher.

Das BIP ist schon 16 Quartale hintereinander stark gestiegen und kumuliert eine Zunahme von 40%. Dabei nahm der Binnenkonsum über 47% zu, der Export um 43%, der Import um 122%, die Industrieproduktion um 53% und die Bautätigkeit um 122%. Kein Wunder, dass Kirchner eine grosse Zustimmung der Bevölkerung hat.

Der angesehene Wirtschaftler Miguel A. Broda, weist in einem Artikel in der Zeitung „La Nación“ auf drei grundsätzliche Ursachen dieser Entwicklung hin: 1. Die ausserordentlich günstigen internationalen Bedingungen; 2. Die positive Reaktion, die nach einem Zusammenbruch eintritt; 3. Die korrekte makroökonomische Politik dieser Regierung, mit hohen Überschüssen bei den Staatsfinanzen und der Zahlungsbilanz, plus der Umschuldung, die die Zinslast für den Staat drastisch gesenkt hat.

Was Broda nicht erwähnt, ist die technologische Revolution, die in der fortgeschrittenen Welt in den 90er Jahren ihren Höhe-

punkt erreichte. Sie konzentriert sich auf Fernverbindungen, Informatik und Biotechnologie, und wirkt sich weiter ständig auf die argentinische Wirtschaft aus. Die „Federal Reserve“ hat seinerzeit die anormal lange Aufschwungsphase der USA ab 1991 vorwiegend auf diese technologische Revolution zurückgeführt, die die Welt verändert hat.

Argentinien hat gegenüber den meisten Schwellenländern den Vorteil, dass ein grosser Teil der Bevölkerung ausreichend ausgebildet ist, um diese technologischen Fortschritte zu verwenden, die im Endeffekt einen phänomenalen Produktivitätssprung mit sich bringen, der sich direkt auf das wirtschaftliche Wachstum auswirkt. Da sich Argentinien jedoch bei der Anwendung der neuen Technologien gegenüber den USA u.a. fortgeschrittenen Ländern im Rückstand befindet, besteht hier noch ein grosses Wachstumspotential. Es ist erstaunlich, dass die meisten lokalen Spitzenwirtschaftler die Wirkung und Bedeutung der technologischen Revolution der 90er Jahre, eine der bedeutendsten der Geschichte, nicht begriffen haben.

Broda irrt, wenn er das Wachstum nur mit den Investitionen in Zusammenhang bringt und schliesst, dass bei einer Investitionsrate von 22% des BIP, wie sie jetzt angeblich erreicht worden ist, nur eine Wachstumsrate des BIP von 3,6% möglich sei, so dass für 6% jährlich eine Investitionsrate von 28% notwendig sei, was eine Phantasie ist, besonders bei einer investitionshemmenden Konstellation wie sie jetzt besteht und wohl lange Zeit verbleiben wird. Solange private Ersparnisse weitgehend in Dollar oder Euros angelegt werden und Auslandsinvestitionen wegen der juristischen Unsicherheit, die Anfang 2002 geschaffen und danach beibehalten worden ist, gering sind, kann man nicht mit hohen Investitionen rechnen.

Es ist schon seit langem wis-

senschaftlich nachgewiesen worden, dass etwa die Hälfte des Wachstums auf nicht materielle Faktoren zurückzuführen ist, also auf Effizienzfortschritte, strukturelle Änderungen, bessere Ausbildung und vor allem Einverleibung neuer Technologie. Letzteres hat gegenwärtig eine grössere Bedeutung als in der Vergangenheit, eben wegen der technologischen Revolution.

Argentinien kann somit mit einer Investitionsrate von 22%, die in Wirklichkeit niedriger ist (weil Mobiltelefone eingeschlossen werden, der Anteil des Wohnungsbaues anormal gross ist und die relativen Preise sich zum Schaden der Maschinen und Anlagen verschlechtern) stärker wachsen, als es Broda vorsieht. Indessen muss dies nicht so sein. Viele Regierungen haben eine besondere Fähigkeit gezeigt, Krisen zu provozieren und das Wachstum zu hemmen. Und die gegenwärtige Regierung zeigt keine Anzeichen, eine Ausnahme sein.

Die Phase des echten Wachstums, die jetzt begonnen hat, stützt sich zunächst auf die Investitionen, die in den fast sieben Krisen Jahren durchgeführt wurden, ebenfalls auf die neuen Technologie, die massiv aufgenommen wurde, und dann auch den Effizienzfortschritt der auf breiter Ebene erreicht wurde, zum Teil als Folge der Krise, die die Unternehmer gezwungen hat, Kosten zu senken und sich nach neuen Chancen umzusehen.

Allgemein wird damit gerechnet, dass das ganze Jahr 2006 mit 7% bis 8% abschliessen wird, wobei der Schwung, den die Wirtschaft im 1. Quartal 2006 aufweist, mit Anzeichen, dass er auch in den Monaten April und Mai weitergeht, diese Schätzung bestätigt.

Die Konjunktur hat jedoch ihre Tücken. Die gegenwärtige Aufschwungsphase dauert nun schon vier Jahre; in der Nachkriegszeit betrug die Dauer dieser Konjunkturphasen meistens um die 3 Jahre, mit einigen Fällen von 2 Jahren und wenigen Ausnahmen mit mehr als 3 Jahren. Der gegenwärtige Aufschwung gerät somit in die Gefahrenzone. Dabei muss man jedoch berücksichtigen, dass die technologische Revolution der Konjunktur einen neuen Charakter verleiht, so dass es eventuell auch hier, wie in den USA in den 90er Jahren, zu einem längeren Aufschwung kommen kann. Auch muss ein Ende des Aufschwungs

nicht unbedingt in einer Krise enden; es kann auch nur eine niedrige Wachstumsrate sein.

Die grösste Gefahr für die bestehende Konjunktur besteht in der Inflation. Bisher hat sie sich nicht wachstumshemmend ausgewirkt, sondern eher wachstumsfördernd, da die Lohnerhöhungen in den letzten Jahren die Preiserhöhungen übertrafen. Aber gelegentlich kann es anders werden. Nachdem die Lohnerhöhungen dieses Jahr bisher dank der offiziellen Richtlinie von 19% (die in Wirklichkeit mehr bedeutet, wegen fester Zulagen u.a. verkappeter Erhöhungen) nicht ausufernden, bereiten sich die Gewerkschaften schon auf die nächste Runde vor. Beiläufig sei darauf hingewiesen, dass die Kfz-Gewerkschaft weiter auf 32% besteht und die Metallarbeiter 35% wollen. Hinzu kommen noch gesetzliche Änderungen, die auch höhere Lohnkosten bedeuten. Das Lohnproblem ist bei weitem nicht gelöst; der grosse Konflikt kommt noch. Abgesehen davon haben die Unternehmen Kostenerhöhungen bei ihren Rohstoffen, wegen der allgemeinen weltweiten Hausse der Commodities, ganz besonders bei Erdöl und Metallen. All dies wird schliesslich auf die Preise abgewälzt, und hat eine dämpfende Wirkung auf die Konjunktur.

Abgesehen davon kommen zwei Engpässe auf die Wirtschaft zu, nämlich bei Energie und beim Kredit. Die Knappheit an elektrischem Strom wird das Wachstum in unmittelbarer Zukunft bremsen und muss auf alle Fälle gut verwaltet werden, um ihre Wirkung zu mildern. Was den Kredit betrifft, so liegt der gesamte Kredit an die Privatwirtschaft noch unter 10% des BIP, nachdem er unter der Konvertibilität über 20% lag und in fortgeschrittenen Staaten über 50% und gelegentlich über 100% ausmacht. Die Unternehmen haben die bisherige Erholung mit eigenen Mitteln und Finanzierung ausserhalb des Banksystems finanziert; aber das geht zu Ende. Man kann sich kaum einen Wachstumsprozess ohne ausreichenden Bankkredit vorstellen.

Schliesslich bestehen auch Anzeichen dafür, dass sich die Weltkonjunktur, die vorläufig immer noch munter weitergeht, gelegentlich abkühlt. Ein erstes Zeichen ist die Zunahme der Zinsen in den USA. Der Rückenwind von aussen dürfte somit milder werden oder sogar aufhören.

Umschuldung im Pariser Klub

Seit einigen Wochen taucht die angeblich bevorstehende Umschuldung der Verbindlichkeiten Argentiniens mit ausländischen Regierungen, genannt Pariser Klub, in den Medien wieder auf. Regierungssprecher zielen auf die zweite Hälfte 2006 für die Umschuldung.

Seit 1956, als Argentinien zur informellen Gründung des Pariser Klubs beitrug, der seither über US\$ 500 Mrd. von mehr als 80 Schuldnerstaaten umgeschuldet und in den letzten Jahren auch weitgehend durch Gläubigerverzicht abgebaut hat, werden die Verhandlungen zunächst in einer Sitzung im französischen Finanzministerium eingeläutet. Alle Gläubiger müssen gleich behandelt werden, Ausnahmen müssen zugestanden werden. In bilateralen Abkommen zwischen dem Schuldnerstaat und den Gläubigern werden danach Einzelheiten geregelt, vielfach die Zinssätze.

Für Argentinien geht es derzeit im Pariser Klub um die achte Umschuldung in 50 Jahren. Als Schuldbetrag werden von US\$ 4 Mrd. bis über US\$ 7 Mrd. genannt. Eine genaue Zahl wurde nie mitgeteilt. Die meisten Schulden gehen auf Bankkredite für Maschinenlieferungen zurück, die in den Gläubigerländern von staatlichen Anstalten garantiert waren, so dass sie bei Default auf die Regierungen übergingen und deren Haushalte belasteten. Einige direkte Staatskredite (Spanien US\$ 1,0 Mrd., Japan US\$ 800 Mio.) ergänzen das Bild.

Eine Regel des Pariser Klubs besagt, dass keine neuen Kreditgarantien für Maschinenlieferungen zugestanden werden, ehe eine Umschuldung alter Verbindlichkeiten abgeschlossen worden ist. Das ist der Zustand in Argentinien seit 2002 und betrifft Maschinenkredite grösseren Ausmasses. Kurzfristige Maschinenkredite werden ohne Staatsgarantie gewährt, unter anderen auch mit Eigenfinanzierung der Importfirmen, genannt „back to back“, die zwar steuermässig illegal sind, aber trotzdem eingesetzt werden.

Da Deutschland bedeutendes Lieferland von Maschinen ist, darf es nicht Wunder nehmen, dass deutsche Regierungssprecher sich für eine Regelung der argentinischen Schulden im Pariser Klub einsetzen, damit danach neue Geschäfte anfallen können. Aussenminister Frank-Walter Steinmeier auf Besuch in Argentinien vor

zwei Wochen und Kanzlerin Angela Merkel im Gespräch mit Präsident Néstor Kirchner auf dem Wiener Gipfel in der Vorwoche sollen das Thema angesprochen haben.

Für eine erfolgreiche Verhandlung pflegen die 19 Gläubiger-Regierungen den Internationalen Währungsfonds als Berater der Makro-ökonomie des Schuldnerlandes einzuschalten. Eine Umschuldung bedeutet Karenz- und Tilgungsjahre sowie Zinszahlungen, wogegen ein Kapitalschnitt für Argentinien als Schwellenland nicht in Frage kommt wie bei ganz armen Schuldnerländern. Die Umschuldung soll durch eine nachhaltige Wirtschaftspolitik abgesichert werden. Im Fall Argentiniens besteht bekanntlich kein Standby-Abkommen, das die Regierung nach der Tilgung sämtlicher Schulden gegenüber dem Fonds zum vergangenen Jahreswechsel strikt ablehnt.

Statt dessen muss der Fonds die argentinische Wirtschaft laut Paragraph 4 der Fondsstatuten alljährlich begutachten, was möglicherweise durch eine Sonderdelegation im August erledigt werden kann. Ein Gutachten ist freilich kein Standby-Abkommen mit konkreten Auflagen über die künftige Wirtschaftspolitik. Bestehen die Gläubigerregierungen auf ein Standby-Abkommen mit dem Fonds, dann dürfte es kaum zum Abschluss einer Umschuldung kommen, wie es möglich wäre, wenn sich die Regierungen mit einem Gutachten begnügen. Argentinien kann immerhin auf die sogenannten Zwillingsüberschüsse des Haushalts und der Leistungsbilanz hinweisen, die seit etwa vier Jahren bestehen, wo doch USA unter Zwillingsdefizit und die meisten Industrieländer mit besonders hohen Verschuldungsquoten (Staatsschulden, bezogen auf das Bruttoinlandsprodukt) leiden. Eine Entscheidung über diese Alternativen ist angeblich nicht gefallen.

Als andere Variante kann Argentinien die Schulden gegenüber den Regierungen des Pariser Klubs ganz oder teilweise tilgen, wie es mit dem Internationalen Währungsfonds geschah, so dass der Weg für neue Garantien frei wäre. Bei US\$ 24 Mrd. Devisenreserven, die täglich um rund US\$ 100 Mio. wachsen, dürfte sich Argentinien diesen Luxus erlauben können, sofern kein Einbruch der Aussenzahlungen eintritt. Eine

Verhandlung mit dem Währungsfonds würde unweigerlich auf die Forderungen stossen, den Peso aufzuwerten, mehr Steuern einzutreiben, die Staatsausgaben weniger anzuheben, die „hold outs“ der Bondsumschuldungen mit einer neuen Offerte zu berücksichtigen, die Tarife öffentlicher Dienste zu erhöhen und neue Rahmenbedingungen für Investitionen in der Infrastruktur einzurichten. All das widerspricht der Wirtschaftspolitik Präsident Kirchners, der bekanntlich nicht mit sich spassen

lässt.

Hinter der Regelung mit dem Pariser Klub warten die Maschinenlieferanten auf interessante Objekte. Als Beispiele seien erwähnt: zwei Wärmekraftwerke für je 800 Megawatt, mögliche Wasserkraftwerke am oberen Paraná und Uruguay, der Schnellzug von Buenos Aires nach Rosario und sonstige Objekte der Infrastruktur, unbeschadet zahlloser Projekte privater Unternehmen, die mit Maschinenkäufen aus dem Ausland einher gehen.

Repsol-YPF will YPF-Aktien an der Börse verkaufen

Die Leitung der spanischen Repsol-YPF gab die Absicht bekannt, 15% bis 20% des Kapitals ihrer argentinischen Filiale, die nach wie vor YPF heisst, an der Börse zu verkaufen. Ob bestehende Aktien verkauft werden oder neue ausgegeben werden, wurde nicht gesagt. Im ersten Fall geht das Geld an Repsol-YPF, die auf diese Weise Schulden abbauen kann, während es im zweiten direkt YPF in Argentinien zukommt, die es womöglich zur Finanzierung von Investitionen aufwenden würde.

Wie verlautet, ist eine weite Streuung des Aktienbesitzes beabsichtigt. Lesarten, nach denen der argentinische Staat, eventuell mit lokalen Grossunternehmen der Branche, Aktien übernehmen würde, wurden demontiert. Ebenso wurde das Gerücht von Kabinettschef Alberto Fernandez zurückgewiesen, dass Kirchner eine Rückverstaatlichung von YPF beabsichtige, dem Beispiel von Evo Morales folgend. Tatsache ist, dass der Staat nicht über die notwendigen Mittel verfügt, um YPF-Aktien zu kaufen, geschweige denn, ein Mehrheitspaket. Eine Konfiskation wie in Bolivien, und wie sie extreme linke lokale Gruppen befürworten, ist wohl kaum denkbar, da dann die Verfassung und das ganze Rechtssystem über Bord geworfen würde, mit schwerwiegenden Folgen für die Wirtschaft. Das wäre ein erster Schritt zum Kommunismus.

Abgesehen davon, hätte eine Rückverstaatlichung keinen vernünftigen Sinn, nachdem der Staat ohnehin faktisch der stille Partner von YPF ist, indem er 35% des Gewinnes durch die entsprechende Steuer kassiert und ausserdem noch fast die Hälfte des Exporterlöses. Die Erdölprovinzen erhalten ihrerseits 12% des Bruttowertes der Förderung. Und dann kom-

men noch die Brennstoffsteuern, die MwSt. u.a. hinzu. YPF ist seit der Privatisierung bei Weitem der grösste Steuerzahler des Landes bei der Gewinnsteuer, während das staatliche YPF Verluste aufwies und gelegentlich vom Schatzamt unterstützt werden musste. Wenn man alle Steuern zusammenzählt, ist der Betrag der von YPF gezahlten Steuern noch viel höher.

Schliesslich sei bemerkt, dass der Staat ohnehin bei den Entscheidungen von YPF mitmischte, sei es, weil er die Konzessionen gewährt und Preise direkt und indirekt festsetzt, oder weil die grossen Entscheidungen mit ihm abgesprochen werden, da Repsol-YPF auf alle Fälle harmonisch mit dem Staat handeln und Konflikte vermeiden will. Eine Rückverstaatlichung würde dem Staat eine grosse finanzielle Last aufbürden und die Gewinnsteuer schmälern, da der Staat dann das Unternehmen mit überflüssigen Beamten besetzen und allerlei andere Unwirtschaftlichkeitsfaktoren herbeiführen würde.

Am 28. Juni 1999 zahlte Repsol u\$ 13,04 Mrd. für den Kauf der YPF-Aktien in privatem Besitz, nachdem vorher schon der staatlichen Anteil von 14,99% für u\$ 2 Mrd. gekauft worden war. Insgesamt waren es u\$ 15,17 Mrd. Jetzt wird der Wert des gesamten Aktienpaketes auf u\$ 25 Mrd. geschätzt, so dass beim Verkauf von 15% bis 20% ein Betrag von u\$ 3,5 bis u\$ 5 Mrd. herauskommen würde. Würde dieser Betrag direkt der argentinischen YPF zufließen, könnten die Investitionen erhöht werden, die Repsol-YPF für die Periode 2005/09 weltweit auf u\$ 7 Mrd. veranschlagt hat, wobei von diesem Betrag nur u\$ 500 Mio. für Forschung bestimmt sind, und nicht unbedingt in Argentinien.

Präsident Kirchner hat Repsol-YPF aufgefordert, mehr in Forschung zu investieren. Das würde das Unternehmen wohl auch tun, wenn Bedingungen geschaffen würden, die dies lohnend erscheinen liessen. Das bedeutet einmal einen höheren Gas- und Erdölpreis für solches aus neu entdeckten Vorhaben, und dann auch steuerliche Vorteile, wie z.B. der doppelte Abzug der Ausgaben für Forschung, den der Verband der Branche, das Erdöl- und Gasinstitut, vorgeschlagen hat.

Der Börsengang ist jedoch nicht nur bestimmt, Mittel zu beschaffen. Er dient auch als politi-

scher Schutz, da dann eine Rückverstaatlichung, direkt oder kalt, eine Vielzahl von Aktionären betreffen würde, was in unserer modernen und stark politisierten Welt ins Gewicht fällt.

Wie weit der gegenwärtige Gewinn den erwarteten Preis für die Aktien rechtfertigt, sei dahingestellt. Man muss sich jedoch vor Augen halten, dass YPF gegenwärtig nur die Hälfte der Erdölreserven und 40% der Gasreserven hat, über die es 1999 verfügte, als Repsol das Unternehmen kaufte, wobei allerdings der Wert jetzt viel höher ist. Ein Teil der Verringerung ist auf den Verbrauch der

Reserven, ohne Entdeckung neuer, zurückzuführen, und ein anderer Teil auf eine drastische Korrektur der vorherigen Schätzung nach unten. Ein Erdölunternehmen wird im Wesentlichen nach seinen Reserven bewertet. Wenn nicht bald neue entdeckt werden, werden die Reserven weiter zurückgehen, so dass YPF stark entwertet wird.

Die Frage, die sich hier stellt ist, ob YPF unmittelbar neue Erdöl- und Gaslager entdecken wird, die die schnelle Erschöpfung der bestehenden wettmachen. Die Geologen sind im allgemeinen eher skeptisch über die Möglich-

keit, dass bedeutende Lager gefunden werden. Einige meinen jedoch, wenn man tiefer bohrt, also über 6.000 Meter, kann es Überraschungen geben. Aber das ist auf alle Fälle mit hohen Kosten verbunden und erfordert einen hohen Preis, den die Regierung vorläufig nicht gewähren will. Somit muss man davon ausgehen, dass Argentinien kein Erdölland ist, sondern ein Land mit Erdöl. Wer sich für den Kauf von YPF-Aktien interessiert, wird dies wohl auch berücksichtigen, womit der Preis für das gesamte Aktienpaket bestimmt weit unter den erwähnten u\$ 25 Mrd. liegen dürfte.